

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderäte/innen Mag. Ines ANGER-KOCH, Ing. Isabella LEEB und Mag. Barbara FELDMANN, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2013 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Information und Sport)

betreffend Beseitigung des Personalmangels bei Wiener Jugendwohlfahrt und beim Wiener Jugendamt

Die Vorkommnisse im ehemaligen Kinderheim Wilhelminenberg sollten Anlass sein umzudenken – führte doch auch nicht zuletzt die damalige Personalsituation zu den ungeheuerlichen Vorkommnissen (so betrug das damalige Betreuungsverhältnis 1:25).

Es wäre höchst an der Zeit, angesichts der ständig steigenden bzw. auf hohem Niveau stagnierenden Gefährdungsmeldungen den seit Jahren anhaltenden Personalmangel in der Jugendwohlfahrt zu beheben. Auch die Volksanwaltschaft übte in den letzten Jahren teils heftige Kritik am fehlenden bzw. unzureichendem Personal. Wie zahlreiche Meldungen an uns belegen hat sich an den teils desaströsen Bedingungen nichts geändert. Insbesondere die Betreuung von Jugendlichen mit besonderem Betreuungsbedarf lässt zu wünschen. Gewalttätige Jugendliche werden nicht selten sich selbst überlassen.

Wilhelminenberg darf sich nicht wiederholen – die Wiener ÖVP fordert seit Jahren eine massive Aufstockung des Personals in der Jugendwohlfahrt. Leider bislang ohne Einsehen auf Seiten der Stadt.

Die gefertigten Gemeinderäte/innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, zwecks eines qualitativ und quantitativ optimalen Vollzugs ehestmöglich für die nötige Anzahl an Fachkräften, insbesondere an Sozialarbeitern/innen in der Wiener Jugendwohlfahrt und damit einhergehend für die Anpassung der Anzahl an Dienstposten zu sorgen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.

Wien, 25.06.2013



MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN

Eing.: 25 JUNI 2013

PG-08357-2013/0001-KVPIGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat